

Entschließungsantrag

der SPD-Fraktion und
der Fraktion DIE LINKE

ZU:

Antrag auf Aktuelle Stunde der SPD-Fraktion - Weichenstellungen für Innovation und Gerechtigkeit - den wirtschaftlichen Aufschwung auch in Zukunft sichern! - Drucksache 6/11022 vom 02.04.2019

Gezielte Wirtschaftsförderung fortsetzen – gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Regionen des Landes!

Der Landtag stellt fest:

Die brandenburgische Wirtschaft hat eine gute und stabile Konjunkturentwicklung vorzuweisen. In den Jahren 2014 bis 2018 lag das Wirtschaftswachstum durchschnittlich bei 2,3 Prozent und damit höher als der Bundesdurchschnitt. Mit diesem Wirtschaftswachstum liegt Brandenburg auch an der Spitze der neuen Bundesländer. Das Land bietet gute Standortfaktoren für Industrie, Handwerk und Dienstleistungen. Die wirtschaftliche Stärke Brandenburgs zeigt sich aber nicht nur in einem kontinuierlichen Wirtschaftswachstum, sondern auch in einer hohen Investitionsrate und einer positiven Bilanz der Förderpolitik im Sinne der Wettbewerbsfähigkeit der brandenburgischen Unternehmen.

Die boomende Wirtschaft führt im gleichen Zug zu steigenden Beschäftigtenzahlen und einer positiven Lohnentwicklung. Die Reallöhne der Brandenburgischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer steigen seit Jahren. Damit alle Beschäftigten in Brandenburg gleichermaßen von dieser Entwicklung profitieren und eine faire Entlohnung erhalten, muss das Lohnniveau insbesondere im unteren Entgeltbereich steigen. Darüber hinaus ist auch die Tarifbindung im Land Brandenburg rückläufig. Daher ist die weitere Entstehung von tarifgebundenen und sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen vorrangiges Ziel.

Im gesamtdeutschen Vergleich liegen die ostdeutschen Länder noch immer hinter den alten Bundesländern zurück. Brandenburg wird sich verstärkt für die wirtschaftlichen Interessen Ostdeutschlands einsetzen und unterstützt die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in ganz Deutschland. Darüber hinaus benötigen Regionen mit besonderen strukturpolitischen Herausforderungen, wie die Lausitz, eine gezielte, bedarfsorientierte Unterstützung. Mit dem künftigen Ende des Kohleabbaus drohen viele gut bezahlte und hoch qualifizierte Arbeitsplätze wegzufallen.

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. die bestehenden Instrumente der regionalen (RWK) und sektoralen (Cluster) Wirtschaftsförderung noch stärker auf Innovationen (Produkte und Prozesse) zu fokussieren. Dabei sind auch die finanziellen und personellen Rahmenbedingungen für die wirtschaftliche Verwertung von Patenten zu verbessern.
2. eine aktive und strategisch ausgerichtete Industriepolitik zu verfolgen, die Wertschöpfungsketten zwischen der Industrie und den kleinen und mittelständischen Innovationstreibenden weiter anregt, fördert, stabilisiert und weiterentwickelt.
3. die bestehenden erfolgreichen Instrumente zur Unterstützung von Unternehmen, insbesondere der kleinen und mittelständischen Unternehmen und des Handwerks bei Bewältigung von Digitalisierungsprozessen zu verstetigen und auszubauen. In diesem Zusammenhang sind die bereits bestehenden und erfolgreich laufenden Angeboten (IMI, Digitalwerk, Mittelstand-4.0-Kompetenzzentrum Cottbus) im Hinblick auf neue Bedarfe von Unternehmen auszuweiten und anzupassen und die Bedarfe auf weitere, ergänzende Angebote, insbesondere die Errichtung eines entsprechenden Dienstleistungszentrums („data warehouse“) zu prüfen.
4. beim Bund und der EU gemeinsam mit den anderen ostdeutschen Länder sich dafür einzusetzen, dass in Ostdeutschland ein europäischer Forschungsverbund für Schlüsseltechnologien wie Künstliche Intelligenz (KI) oder synthetische Kraftstoffe eingerichtet wird.
5. den Osten Deutschlands als führende Region für die Wasserstofftechnologie zu etablieren und die Wasserstofftechnologie über die Sektorkopplung als wesentlichen Baustein für das Gelingen der Energiewende zu verankern.
6. sich weiterhin für die nachhaltige Sicherung und den Ausbau von wirtschaftlichen Unternehmensstandorten und damit für den Erhalt von Arbeitsplätzen im Land einzusetzen. Dies beinhaltet auch das Ziel der Eigenständigkeit von Industriestandorten zu erhalten und auszubauen.
7. die Wettbewerbsfähigkeit der bereits angesiedelten Unternehmen weiter zu verbessern und kleine und mittelständische Unternehmen bei der Erschließung von Auslandsmärkten strategisch zu unterstützen.

Begründung:

Das Land Brandenburg und seine Unternehmen stehen trotz des wirtschaftlichen Aufschwungs und den positiven Entwicklungen bei den Beschäftigungszahlen vor großen Herausforderungen. Um den Erfolg der Brandenburgischen Wirtschaft weiterhin zu garantieren, müssen neben der weiteren aktiven Begleitung der bestehenden Unternehmen die Gewinnung von Fachkräften, die Ansiedlung internationaler Konzerne und innovativer Mittelständler sowie die Organisation von Unternehmensgründungen und -nachfolgen ein zentraler Schwerpunkt der Wirtschaftspolitik des Landes bleiben. Die brandenburgische Wirtschaft wird sich gestärkt den zukünftigen Herausforderungen wie zum Beispiel den voranschreitenden Digitalisierungsprozess stellen.